

Die politische Situation in Polen

Die gegenwärtige politische Situation in Polen ist gekennzeichnet durch die seit 1989 fast 35jährige Herrschaft des bürgerlich-kapitalistischen Systems, den Sturz der Volksrepublik Polen und die systematische Vertiefung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit Polens von den kapitalistischen Staaten Europas, insbesondere vom vereinigten Deutschland, von der Europäischen Union, und weltweit von den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Staaten haben Polen effektive Formen der wirtschaftlichen, politischen und vor allem militärischen Vorherrschaft auferlegt, insbesondere durch die Integration Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten in die NATO. Polen wurde zu einem abhängigen Land des westlichen Kapitals, verlor seinen früheren Status als souveräner Staat und wurde zu einer Art Halbkolonie Deutschlands, der Europäischen Union und der USA.

In der Folge war Polen gezwungen, wirtschaftspolitische Prioritäten zu setzen, die den Interessen der großen kapitalistischen Konzerne entsprachen, und in den internationalen militärischen Beziehungen eine expansionistische Politik zu betreiben, die den Interessen der USA und ihrer Militärpakte, vor allem der NATO, gerecht wurde. Dies drückt sich nicht nur in der NATO-Mitgliedschaft selbst aus (seit 1989), sondern auch darin, daß Polen zur Entsendung von „Militärmissionen“ an exotische Kriegsschauplätze im Nahen Osten, in Afghanistan und Afrika gezwungen wurde, und daß Polen vor allem zum wichtigsten militärpolitischen Stützpunkt an der sogenannten Ostflanke der NATO und in der politischen und militärischen Auseinandersetzung der USA und der EU mit der Russischen Föderation entwickelt wurde. Parallel dazu vollzog sich seit 1989 ein intensiver Prozeß der sozialen, ökonomischen und politischen Zerschlagung der Volksrepublik Polen, der sich in der systematischen Zerstörung und Liquidierung des vergesellschafteten, insbesondere des staatlichen Sektors der Wirtschaft manifestierte. Die einst blühende Großindustrie wurde zerstört. Die mächtigen Kombinate wurden für den sprichwörtlichen Złoty an neue bourgeoise Eigentümer, vor allem aber an ausländisches Kapital verkauft, was zu weiteren Vernichtungen und Einschränkungen führte. Sie wurden als Konkurrent, weil angeblich unrentabel, liquidiert, in Wirklichkeit jedoch, weil sie die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals auf den neuen internationalen Märkten bedrohten. Es wird geschätzt, daß in Polen etwa fünf Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden. Es fand eine regelrechte Deindustrialisierung der polnischen Wirtschaft statt. Es kam zu einer Massenarbeitslosigkeit. Mehr als 2,5 Millionen junge, gut ausgebildete Arbeitslose suchten ihr Heil in westlichen Ländern (England, Deutschland, Irland u. a.) als neue sogenannte Gastarbeiter. 2,5 Millionen ältere Beschäftigte wurden aus den liquidierten Betrieben entlassen und in vorzeitige Hungerrenten geschickt (umgangssprachlich „kuroniówki“ genannt, nach dem damaligen Arbeits- und Sozialminister Kuroń).

Die Werktätigen, vor allem die Arbeiterklasse, wurden ihrer Souveränität beraubt und zu Bittstellern des Großkapitals, vor allem des ausländischen Kapitals, degradiert. Die wiederauferstandene nationale Bourgeoisie und ihre Auftraggeber in Gestalt der internationalen Finanzwelt wurden zur herrschenden Klasse. Dies schlug sich bald in der neuen Verfassung der Republik Polen nieder, die die Klassenherrschaft der Bourgeoisie mit der Kategorie des polnischen Volkes verschleierte.

In Polen sind über 80 politische Parteien registriert, von denen etwa 60 politisch aktiv sind. Die politische Situation wird von einigen großen Parteigruppierungen dominiert, die mit den vorherrschenden politisch-wirtschaftlichen Kräften in Europa und der Welt verbunden sind. Die meisten von ihnen sind aus der Solidarność hervorgegangen und repräsentieren die Antithese zu Volkspolen und zum Sozialismus mit den Slogans „Verbesserung des Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ oder „Reformkapitalismus“. Heute sind diese Losungen völlig in Vergessenheit geraten, es regiert die brutale bürgerlich-kapitalistische Realität.

Das erste Lager, das sich selbst als „demokratisch-liberal“ bezeichnet, wird vor allem von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska), früher Demokratische Union (Unia Demokratyczna), unter ihrem Vorsitzenden Donald Tusk vertreten, der früher Abgeordneter, Ministerpräsident Polens und Präsident des Europäischen Rates war und auch als Präsident der Christdemokratischen Internationale fungierte. Die Bürgerplattform und ihr Vorsitzender sind die Partei der in- und ausländischen Großbourgeoisie, die sich voll und ganz mit der Integration Polens in die Europäische Union identifiziert und in Deutschland den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteur sieht. Die liberalen Kreise der polnischen Bourgeoisie sind der Ansicht, daß die Zukunft Europas eine rasche Umwandlung der EU in einen starken europäischen Superstaat erfordert, was zur Zeit im Projekt einer neuen Europäischen Föderation seinen Ausdruck findet. Die wichtigsten Zentren der Liberalen sind die großen Städte, vor allem Warschau, Gdańsk, Poznań, Łódź, Wrocław.

Das zweite große parteipolitische Lager ist die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Sie ist die Partei des Mittel- und Kleinbürgertums, zu der die zahlreichen polnischen Kleinbürger nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land gehören. Ideologisch handelt es sich um eine Gruppierung, die sich zu christdemokratischen Prinzipien und Werten bekennt und in Polen eng mit der römisch-katholischen Kirche zusammenarbeitet. Um die PiS herum gibt es weitere reaktionäre nationalistische Gruppierungen, die die sogenannte Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica) bilden. Dabei handelt es sich um sozial rückschrittliche, konservative Gruppierungen, deren Fortschrittsfeindlichkeit fast schon exotische Züge annimmt. Dies gilt insbesondere für die Gruppierung Solidarische Polen (Solidarna Polska), die von

Zbigniew Ziobro (Generalstaatsanwalt und Justizminister) angeführt wird, der sich unlängst dadurch einen Namen gemacht hat, daß er beim Verfassungsgericht das Verbot der Kommunistischen Partei Polens beantragte. Die Hochburgen der PiS sind das konservative Ost- und Zentralpolen, kleinbürgerlich, bäuerlich und kirchenfreundlich.

Das dritte Lager ist die Linke im weiteren Sinne, die in den letzten Jahren einen einst großen Teil ihrer Unterstützung in der Bevölkerung verloren hat. Zwei Amtszeiten lang (1995 bis 2005) gewann Aleksander Kwaśniewski für sie die Präsidentschaftswahlen. Dies war das Ergebnis einer tiefen Desillusionierung der großen Wählerschaft der Arbeiter und Bauern über die Politik der Post-Solidarność-Regierungen. Im Ergebnis wurden diese Wähler von der reaktionären Partei Recht und Gerechtigkeit übernommen. Die polnische Neue Linke (Nowa Lewica) besteht gegenwärtig aus drei Parteien: „Linke“, „Frühling“ und „Gemeinsam“. Offiziell hat sie rund 20 000 Mitglieder. Vorbild der Neuen Linken ist der sogenannte skandinavische Sozialismus.

Das vierte Lager bilden die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe PSL) und weitere kleinbürgerliche Gruppierungen, die einen Teil des traditionellen Bauerntums vertreten. Nach 1989 wandelte sie sich von der ehemaligen prosozialistischen Vereinigten Volkspartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe) zu einer Partei der reichen Bauern und wurde zu einem Befürworter der kapitalistischen Transformation. Gleichzeitig unterhielt sie enge Beziehungen zur katholischen Kirche. Gegenwärtig verliert die PSL aufgrund der raschen Umwandlung des ländlichen Raums in große Familienbetriebe (Farmen) und der Auflösung der früheren kleinbäuerlichen Landwirtschaft an Bedeutung. In Zentral- und Ostpolen, wo die traditionelle Agrarwirtschaft und das vorherrschende katholische Weltbild fortbestehen, hat die PSL nach wie vor erheblichen politischen Einfluß.

Das fünfte Lager bildet die Kommunistische Partei Polens (Komunistyczna Partia Polski KPP), die sich klassenmäßig von den anderen unterscheidet, und die, obwohl zahlenmäßig klein, vom Regime systematisch verfolgt wird. Kürzlich wurden der Vorsitzende des Zentralkomitees und zwei weitere führende KPP-Funktionäre wegen Propagierung des „Kommunismus“ und eines „totalitären Staatssystems“ zu Strafen nach dem Strafgesetzbuch verurteilt. Kurz darauf beantragte der Generalstaatsanwalt der Republik Polen beim Verfassungsgericht das Verbot der KPP. Diese Tatsachen beweisen, daß die zahlenmäßig kleine KPP von den herrschenden Kreisen der Bourgeoisie als eine große Bedrohung für ihre Herrschaft angesehen wird.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Polens betrug in 2022 drei Billionen Złoty (730 Mrd. Euro). Das jährliche Wachstum beträgt 5 %. Polen nimmt den 6. Platz in der EU nach Kaufkraft (fast 40 Millionen Verbraucher) und den 5. und 6. Platz nach Fläche und Bevölkerung ein. Es gibt große Unterschiede in der regionalen Entwicklung. Beim Sozialeinkommen belegt Polen Platz 19 in der Europäischen Union, das sind 79 % des EU-Durchschnitts. In dieser Hinsicht ist Polen das Schlußlicht der EU-Länder, das kürzlich von Portugal überholt wurde und sich Spanien annähert, ohne die neuen EU-Mitglieder wie Bulgarien und Rumänien zu berücksichtigen. Die Ökonomen sagen, Polens Wirtschaft ist stärker geworden. In den späten 80er Jahren betrug der polnische Export für Devisen etwa 10 Milliarden Dollar und im Jahr 2022 365 Milliarden Dollar. 1989 brauchte Polen vier Jahre, um seine Schulden zurückzuzahlen, heute dauert das nur noch wenige Wochen.

Die Wirtschaft und die Beschäftigungsstruktur haben sich in den letzten 30 Jahren grundlegend verändert. Die Arbeitslosigkeit wurde zum Teil durch die massive Abwanderung junger Menschen in den Westen und durch die erzwungene Verrentung von Millionen älterer Beschäftigter unter Kontrolle gebracht. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen und hat sich bei 1 bis 0,5 Millionen stabilisiert. In einigen Regionen herrscht Arbeitskräftemangel. Bezüglich der massiven Beschäftigung von Flüchtlingen aus der Ukraine – mit unterschiedlichem formalem Status – schwanken die Angaben zwischen zwei und fünf Millionen.

Das Rentenalter liegt in Polen nach wie vor bei 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer. Versuche, das Rentenalter für beide Geschlechter auf 70 Jahre anzuheben, wurden von der Partei Recht und Gerechtigkeit nach ihrer Machtübernahme 2015 blockiert.

Nach 1989 hat sich in Polen eine tiefe soziale und klassenmäßige Zersplitterung der Gesellschaft vollzogen. Es entstand eine kleine Gruppe von Millionären und Milliardären, in deren Händen sich die Hälfte des nationalen Reichtums befindet. Der größte Teil des Reichtums gehört jedoch dem ausländischen Großkapital. Es entstand eine reiche und einflußreiche Klasse der neuen Bourgeoisie, die großen Einfluß auf die Politik vor allem der Bürgerplattform und ihres Vorsitzenden Donald Tusk hat. Aus diesen Gründen werden sie von deutschen Politikern und dem Großkapital als wichtige Garanten für den deutschen und europäischen Einfluß in Polen angesehen.

Die andere Seite der fortschreitenden und sich vertiefenden sozialen Zersplitterung bilden die Massen der Lohnarbeiter, des alten Proletariats und des neuen Prekariats, die zu unregulierten, häufig längeren Arbeitszeiten und sehr oft ohne formellen Arbeitsvertrag (Leiharbeiter) beschäftigt werden. Infolge der Verbreitung der kleinbürgerlichen und antikommunistischen Ideologie in den Reihen der Arbeiterklasse durch die Solidarność wurde das Bewußtsein, Hausherr im volkseigenen Betrieb zu sein, geschwächt und gebrochen. Die Arbeiter wurden des Gefühls beraubt, der Souverän zu sein, nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im Staat. Die meisten von ihnen wurden später arbeitslos und verstärkten die Reihen der neuen polnischen Armut, die in die Millionen gingen. Das Phänomen der Obdachlosigkeit und des Bettelns

wurde spürbar und nahm zu. In jüngster Zeit wurde dieser Prozeß durch eine neue Welle wachsender Armut infolge des Zustroms von Millionen von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine verschärft.

Der Lebensstandard in Polen ist niedrig, meist durchschnittlich, selten wohlhabend oder luxuriös. Zu den letztgenannten Kategorien gehören die kleine Gruppe der neuen Bourgeoisie (1 bis 1,5 %) sowie mit durchschnittlichem Lebensstandard die Gruppe der sogenannten mittleren Bourgeoisie (die sich selbst gerne als „Mittelklasse“ bezeichnet, ca. 9 %) und die untere Schicht des traditionellen Kleinbürgertums (selbständige Handwerker und neue Berufe, die für die wachsende „elektronische Gesellschaft“ notwendig sind, ca. 20 %). Je weiter man in Polen nach Osten kommt, desto deutlicher kommt die frühere rückständige Einkommensstruktur zum Vorschein.

Im Jahr 2022 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen in der Gesamtwirtschaft 5540 Złoty (ca. 1341 Euro). Dabei ist zu beachten, daß 70 % der erwerbstätigen Bevölkerung Löhne unterhalb des Durchschnitts von 5540 Złoty erhalten. Vor kurzem hat der Sejm im Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen im Herbst ein ganzes Paket von Erhöhungen beschlossen. Die Lohnerhöhungen können mit der Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten jedoch nicht mithalten, die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verliert in diesem Wettlauf, die soziale Unzufriedenheit wächst. Experten gehen davon aus, daß dies einen erheblichen Einfluß auf den Rückgang der Wählerstimmen für die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Herbst haben wird. Man darf auch nicht vergessen, daß 2024 die Wahlen des Staatspräsidenten, die Wahlen zum Europäischen Parlament und Kommunalwahlen anstehen. Es ist davon auszugehen, daß die Ergebnisse dieser Wahlen die politische Landschaft in Polen nachhaltig beeinflussen und neu ordnen werden und über den Austritt Polens aus der Europäischen Union entscheiden können, was der Beginn ihres Zerfalls oder einer Änderung des Systems ihrer weiteren Integration bedeuten kann („Europa der zwei Geschwindigkeiten“).

Für einen Sieg der PiS spricht, daß sie als Regierungspartei über wirksame finanzielle und wirtschaftliche Mittel verfügt, um die Gunst der Wähler zu gewinnen und sie sogar zu bestechen. Es handelt sich um die bewährten Methoden der Verteilung von Gütern, d. h. die Erhöhung der Leistungen für arme, insbesondere kinderreiche Familien, Rentner und Pensionäre, die aus Haushaltsmitteln bezahlt werden. Die PiS wird generell von der katholischen Kirche unterstützt und die Wähler erhalten in den Beichtstühlen und von den Kanzeln klare Signale, wem sie ihre Stimme geben sollen. Das heißt nicht, daß der Klerus einheitlich hinter der PiS steht, aber in Grenzsituationen – und Wahlen gehören dazu – wird er eine dezidiert christliche und sogar zum Faschismus neigende Partei stark unterstützen. Gegenwärtig wird in Polen eine massive nationalistische (faschistoide) Propaganda über reale und erfundene Bedrohungen seitens der Europäischen Union angeheizt.

Prof. Dr. habil. Zbigniew Wiktor
Wrocław

Aus dem Polnischen von Jörg Eisenträger